

**„Der Sozialstaat im Wandel –
Eckpunkte für eine ethische Orientierung“
Vertreterversammlung, DiCV Magdeburg, Sa 18.03.2006**

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

herzlichen Dank für die Einladung zu Ihrer Vertreterversammlung. Es beeindruckt mich, wie viel Gutes hier im Bistum Magdeburg durch die Caritas unter schwierigen Bedingungen für die Menschen erreicht wurde. Dafür danke ich Ihnen allen und den beruflichen und ehrenamtlich/ freiwilligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Für heute wurde ich gebeten, den Wandel des Sozialstaates in den Blick zu nehmen. Denn der Sozialstaat bildet den Rahmen, in dem sich die Arbeit der Caritas bewegt. Dazu möchte ich in vier Schritten auf die Zukunft des Sozialstaates und die Arbeit der Caritas eingehen und einige Eckpunkte zur Orientierung erläutern.

- 1. Der Sozialstaat im Umbruch**
- 2. Ethische Orientierungen**
- 3. Befähigungsgerechtigkeit**
- 4. Der Beitrag der Caritas**

1. Der Sozialstaat im Umbruch

Die Neuauflage der Umfrage „Perspektive Deutschland“ im letzten Jahr, durchgeführt u.a. vom ZDF und McKinsey, zeigt, dass trotz aller Schwarzmalerei drei Viertel der Deutschen mit ihrem Leben an ihrem Wohnort zufrieden sind. Die Zufriedenheit im Osten nahm immerhin im Vergleich zur Vorstudie um 11 Prozent zu.

Allerdings erwarten nur 28% der mehr als 500.000 Teilnehmenden der Umfrage, dass sie auch in fünf bis 10 Jahren mit dem Leben in Deutschland zufrieden sein werden. Die Bürger sorgen sich um ihre Arbeitsplätze und die soziale Sicherheit. Dahinter steckt letztlich die Frage nach der Zukunft des Sozialstaates.

Denn der Sozialstaat befindet für alle spürbar im Umbruch. Die demographische Entwicklung und die wirtschaftliche Situation werfen ganz neue Fragen für die soziale Sicherheit und das Miteinander auf. Es steht aber auch fest, dass sich die Rahmenbedingungen nicht erst seit der Einführung von Hartz IV verändert haben. Seit langem ist offenkundig, wie sich der Altersdurchschnitt der Bevölkerung entwickelt, dass Familien mit Kindern deutlich benachteiligt und die finanziellen Fundamente der Renten- und Pflegeversicherung brüchig sind.

Verschärft wird die Situation der sozialen Sicherungssysteme, aber auch der Einrichtungen und Dienste durch die akute Finanzkrise der Kommunen und die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit. Für unseren Bereich fällt das zusammen mit dem teilweisen Wegbrechen kirchlicher Mittel. In manchen Regionen müssen einzelne soziale Angebote eingeschränkt oder ganz eingestellt werden. Über viele Jahre aufgebaute und bewährte Beratungsnetze sind in Gefahr. Gleichzeitig steigt der Bedarf an sozialen Leistungen, wie Schuldnerberatung oder ambulante psychiatrische Dienste. Für viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter führt das zu einem täglichen Kampf, der Kräfte und Motivation kostet.

Für die Menschen im einkommens- und vermögensschwachen Drittel zeigen sich deutliche Auswirkungen der Maßnahmen der Agenda 2010. Dazu zählen u.a. die höheren Belastungen für Familien mit mehreren Kindern und für Sozialhilfe- bzw. Arbeitslosengeld II-Empfänger durch Zuzahlungen im Gesundheitswesen. Hartz IV bedeutet für viele Menschen seit Januar 2005 eine deutliche Veränderung sowohl mit positiven als auch negativen Effekten.

Bei allen schwierigen Erscheinungen kann dies jedoch nicht bedeuten, die Finger von Reformen zu lassen. Veränderungen im Sozialstaat sind unabdingbar. Wir brauchen langfristige und nachhaltige Reformstrategien. Wenn nämlich jetzt nicht entscheidende und nachhaltig angelegte Schritte durchgeführt werden, ergeben sich unabsehbare Gerechtigkeitslücken sowie verstärkte Benachteiligung und Armut. Die neue Bundesregierung, aber auch alle anderen verantwortlichen Akteure müssen jetzt ihre Verantwortung wahrnehmen.

2. Ethische Orientierungen

2.1. Einführung

Ausgangspunkt für jede Reform muss die Frage sein: Was brauchen die Menschen, damit sie sich entfalten und Verantwortung für sich und andere übernehmen können? Welche Rahmenbedingungen sind dafür notwendig und wie sind die Betroffenen an den Prozessen zu beteiligen? Grundorientierung bietet dabei die Katholische Soziallehre mit den Kriterien der Menschenwürde, der Solidarität, Subsidiarität und Gerechtigkeit.

Der Sozialstaat darf die Bürger nicht entmündigen. Vielmehr soll er die Grundbedingungen sicherstellen, damit der einzelne sein Leben verantwortlich und solidarisch gestalten kann. Zusammengefasst ist das im Begriff der Befähigungsgerechtigkeit. Ein Beispiel:

Jedes Jahr verlassen mehr als 12 Prozent der Schulabgänger die Schule ohne Abschluss mit entsprechend wenig Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Von ihnen zu fordern, sich selbständig und eigenverantwortlich auf dem Arbeitsmarkt zu bewegen, ergibt wenig Sinn und wäre ein Widerspruch zur Solidarität und Gerechtigkeit. Erst die Verbesserung ihrer Bildungschancen und der Qualifizierungsmöglichkeiten werden es ihnen ermöglichen, sich aktiv zu bemühen. Eigenverantwortung zu fordern ist angemessen und nötig. Es darf jedoch nicht bedeuten, dass sich die Gesellschaft aus der Verantwortung stiehlt und dem benachteiligten Jugendlichen einfach sagt: „Werde deines Glückes Schmied“.

Im Gegenteil - die Gesellschaft steht in der Verantwortung, die Kinder und Jugendlichen zu befähigen, ihre Lebenschancen zu entfalten. Dies erfordert die Förderung der Kinder und Jugendlichen, aber auch der Familien sowie der Gesellschaft als Ganzes.

2.2. Der Ansatz der Befähigungsgerechtigkeit

Diese Förderung ist mit Befähigungsgerechtigkeit zu umschreiben. Sie geht davon, dass jeder Mensch ganz persönliche Fähigkeiten hat. Keiner kann nichts. Deshalb bedeutet Befähigungsgerechtigkeit nicht, dass der oder die einzelne bevormundet wird. Sondern sie geht gerade davon aus, dass der Einzelne in seiner Freiheit gefördert wird. Befähigung bedeutet also Hilfe zur Selbsthilfe, wo immer es möglich ist. Demzufolge sollen Jugendliche die Möglichkeit bekommen, ihre emotionalen, sozialen, musischen und sportlichen Anlagen zu entfalten. Sie sollen fähig werden, sich mit Sinn- und Werthaltungen auseinander zu setzen und einen eigenen Werthorizont zu entwickeln.

Was Befähigung bedeutet ist letztlich von individuellen Situationen und Personen abhängig. Bei einem suchtkranken Menschen bedeutet dies etwas ganz anderes als bei einer jungen Frau aus einem bildungsfernen Umfeld.

Die Befähigungsgerechtigkeit steht in einer engen Beziehung zum vorrangigen Einsatz für Benachteiligte. Danach muss die Sozialpolitik so gestaltet werden, dass sich alle am gesellschaftlichen Leben beteiligen können und eine sichere Existenz haben. Von daher ist es höchstproblematisch, wenn die Menschen des einkommens- und vermögensschwachen Drittels wenig oder gar keine Möglichkeiten haben, ausreichend Rücklagen für das Alter oder andere schwierige Lebenssituationen zu bilden. Dazu zählen insbesondere Familien mit mehreren Kindern und Empfänger von Sozialhilfe bzw. Arbeitslosengeld II. Hier besteht noch immer Nachbesserungsbedarf.

Befähigungsgerechtigkeit beschreibt keinen Idealzustand. Natürlich kann der Sozialstaat nicht ohne wirtschaftliche Rahmenbedingungen betrachtet werden. Aber es muss erkannt werden, dass falsche Einschnitte langfristig höhere Kosten verursachen. Wenn z.B. Zuschüsse für Jugendzentren, Sozialarbeit in den Schulen und Qualifizierungsangebote gestrichen werden, verschärfen sich soziale Probleme. Ein Blick nach Frankreich in diesen Wochen macht dies mehr als deutlich! Eine Gestaltung des Sozialstaates nach kurzfristiger Kassenlage ist nicht nur kurzfristig, sondern ethisch höchst problematisch.

Was bedeuten diese Orientierungen nun für die Zukunft des Sozialstaates? Meinen Schwerpunkt setze ich auf die Befähigungsgerechtigkeit.

3. Befähigungsgerechtigkeit

3.1. Kinder, Jugendliche, Frauen und Familien stärken – Armut vorbeugen

Der Armut- und Reichtumsbericht der Bundesregierung vom Anfang letzten Jahres hat gezeigt, dass alleinerziehende Mütter und Väter sowie Familien mit mehreren Kindern besonders von Armut betroffen sind. Im Januar 2005 lebten in Deutschland nach offiziell geschätzten Zahlen 1,5 Mio Kinder auf Grundsicherungsniveau. Sie erhalten Sozialhilfe oder Sozialgeld. Mehr als 15% eines Jahrganges erreichen keinen Berufsabschluss mit entsprechenden Folgen für die Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Armut hat viele Gesichter. Dazu zählen soziale Ausgrenzung, wenn beispielsweise jede Klassenfahrt für eine Familie zum finanziellen Drama wird. Ebenso verbunden sind damit ein höheres Gesundheitsrisiko durch mangelhafte Ernährung und schlechtere Bildungschancen. Was sich wiederum erneut auf die Chancen am Arbeitsmarkt auswirkt.

Bei diesen Kindern und Jugendlichen besteht ein langfristiges Armuts- und damit ein zusätzliches Benachteiligungsrisiko. Ihre langfristigen Chancen sind gegenüber Kindern und Jugendlichen aus anderen Einkommens- und Vermögensgruppen deutlich schlechter. Eines der wichtigsten sozialpolitischen Ziele muss deshalb die Armutsprävention und die Förderung von benachteiligten Kindern, Jugendlichen und ihren Familien sein.

Die neue Bundesregierung hat umfangreiche Pläne vorgelegt, die Infrastruktur für Familien zu verbessern. Sie reichen vom Ausbau der Kinderbetreuung, über präventive Angebote für gefährdete Kinder bis hin zur Einrichtung von Eltern-Kind-Zentren und Mehrgenerationenhäusern. Diese Initiativen unterstützen wir ausdrücklich. Teilweise kritisch sehen wir die Einführung des Elterngeldes. Denn die Ablösung des Bundeserziehungsgeldes durch das Elterngeld im Jahr 2007 wird dazu führen, dass Familien mit niedrigem Einkommen oder ALG II finanziell schlechter gestellt werden. In vielen Kommunen werden aufgrund finanzieller Engpässe familienunterstützende Dienste abgebaut. Notwendig ist ein familienpolitisches Gesamtkonzept auf allen Ebenen. Familien mit mehreren Kindern dürfen nicht zusätzlich benachteiligt sein. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie muss deutlich verbessert werden.

Die Zukunft des Sozialstaates und der sozialen Arbeit hängt letztlich wesentlich davon ab, ob mehr Familien, Geschlechter- und Bildungsgerechtigkeit hergestellt wird. Eine andere Herausforderung ist die Arbeitslosigkeit.

3.2. Arbeitslosigkeit – Chancen statt Vorurteile

So lautete das Jahresthema des Deutschen Caritasverbandes im letzten Jahr. 5 Mio Arbeitslose in Deutschland – das ist nun schon ein langanhaltender Rekord. Hinter den Zahlen stecken Schicksale einzelner Menschen und ganzer Familien. Im Bistum Magdeburg sind Ihnen diese Schicksale vertraut.

Ein großes Problem ist die hohe Jugendarbeitslosigkeit. Sie lag im April 2005 bei 12,2% in Deutschland. 15% eines Jahrganges in Deutschland machen bis zum 25. Lebensjahr keinen Ausbildungsabschluss. Unter Jugendlichen mit Migrationshintergrund liegt der Anteil bei fast 30%.

Die Zahlen zeigen, dass die Absolventen von höheren Schulen deutlich bessere Chancen haben als solche ohne Schulabschluss. Besonders schwierig ist es, für sogenannte Geringqualifizierte einen Arbeitsplatz zu finden. Die Arbeitslosigkeit bei Menschen ohne Berufsabschluss liegt bei über 20%, hingegen bei Akademikern bei nur 3,3 Prozent. Natürlich gibt es keine Garantie, dass alle Abiturienten oder Akademiker einen Arbeitsplatz finden. Aber es zeigt, dass Bildung einer der entscheidendsten Faktoren für den Zugang zum Arbeitsmarkt ist.

Bildung ist dabei mehr als gute Kenntnisse in den Hauptfächern. Sie umfasst u.a. auch die Sozialkompetenz. Allein das persönliche Auftreten und Pünktlichkeit können wichtige Kriterien dafür sein, in der Auswahl für eine Ausbildungsstelle berücksichtigt zu werden. Deshalb führen Einrichtungen und Dienste der Caritas beispielsweise Projekte für benachteiligte Jugendliche durch, in denen genau solche Dinge trainiert werden.

Gleichzeitig müssen auch für Geringqualifizierte Beschäftigungsmöglichkeiten auf dem ersten Arbeitsmarkt geschaffen werden. Zwangsläufig wird es sich dabei auch um Tätigkeiten handeln, für die nur niedrige Löhne bezahlt werden (Niedriglohnssektor). Wenn diese Beschäftigungen durch

den Staat mit einem Betrag aufgestockt werden und die Betroffenen insgesamt mehr verdienen als die Sozialhilfe oder das Arbeitslosengeld II ergibt, werden diese Tätigkeiten attraktiv. So könnten mehr gering qualifizierte Menschen einen Zugang zum ersten Arbeitsmarkt finden. Unsozial wäre hingegen, sie in ihrer Situation allein zu lassen. Deshalb unterstützen wir Überlegungen z.B. in Richtung Kombilohnmodelle.

Positiv an Hartz IV ist, dass allen jungen Menschen bis 25 Jahren ein Arbeitsangebot, ein Ausbildungs- oder Praktikumsplatz angeboten werden muss. Es gibt jedoch auch schwierige Aspekte. Dies betrifft insbesondere die Situation für ältere Arbeitnehmer. Die Höhe des Arbeitslosengeldes II aus unserer Sicht zu niedrig, auch wenn es jetzt im Osten auf Westniveau angeglichen wurde. Sie entspricht dem ehemaligen Sozialhilfeniveau, das vorher schon jahrelang nicht angepasst wurde. Problematisch ist, dass für einmalige Anschaffungen die Pauschale zu niedrig ist.

Kritisch zu bewerten sind die starke Akzentuierung des Forderns und der Sanktionierung beim Arbeitslosengeld II. Fordern mag an mancher Stelle einen Sinn haben. Aber im Vordergrund sollte das Fördern stehen - die Menschen befähigen, damit sie einen Zugang zum Arbeitsmarkt finden. Sinnvoll ist eine Wahlfreiheit zwischen verschiedenen Arbeitsmöglichkeiten, u.a. für soziale Tätigkeiten. Deshalb haben auch viele Einrichtungen und Dienste der Caritas mehr als 17.000 solcher Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen. Der Betroffenen und der Sache wegen haben wir aber unmissverständlich klar gemacht, dass sie in jedem Fall mit Qualifizierungsangeboten verbunden werden müssen. Sie dürfen auch keine regulären Beschäftigungsverhältnisse ersetzen.

Für viele Menschen bedeuten diese Arbeitsgelegenheiten eine erste Einstiegschance und eine Stärkung ihres Selbstbewusstseins. Politisches Ziel muss jedoch sein, mehr Arbeitsplätze zu schaffen. Dafür dürfen grundlegende Arbeitnehmerrechte aber nicht aufgehoben werden.

4. Der Beitrag der Caritas

Entscheidend ist für mich die Haltung, wie wir als Caritas der Kirche an die Herausforderungen herangehen. Durch die sich ändernden Rahmenbedingungen ist soziale Arbeit freilich nicht leichter geworden. Trotzdem haben wir keinen Anlass, alten Zeiten hinterher zu trauern. Denn jede Zeit hat ihre Themen, die es zu bewältigen gilt. Gerade deshalb braucht jedoch soziale Arbeit auch verlässliche Rahmenbedingungen. Dazu gehört es, dass die Mitarbeitenden in den Diensten und Einrichtungen der Caritas die Unterstützung durch die Träger erfahren. Eine sich ändernde wirtschaftliche Situation darf nicht einseitig zu Lasten der Mitarbeitenden gehen. Gemeinsam haben wir uns für Bedingungen einzusetzen, die eine klientenorientierte und menschenwürdige Arbeit ermöglichen.

Die Kirche hatte mit ihrer Caritas in ihrer langen Geschichte immer wieder ein Gespür für die Nöte und Bedürfnisse der jeweiligen Zeit. Auch die Geschichte Ihres Verbandes zeigt dies ganz deutlich. Unser Engagement hat sich an den Menschen auszurichten, die der Unterstützung bedürfen. Dazu gehört es aber auch, neue Wege zu gehen, wie z.B. eine verstärkte gemeinwesenorientierte, sozialräumliche Ausrichtung der sozialen Arbeit.

Ein roter Faden für unsere Arbeit der nächsten Jahre ist unsere Befähigungsinitiative für benachteiligte Kinder und Jugendliche. Diese Initiative, welche die Delegiertenversammlung im Oktober in Münster gestartet hat, soll dazu beitragen, dass benachteiligte Kinder und Jugendliche ihre Lebensmöglichkeiten besser entfalten können. Als Caritas müssen wir prüfen, was wir selbst tun können, um die Chancen benachteiligter Kinder und Jugendlicher aktiv zu verbessern. Es sind schon viele konkrete Beispiele und Ideen zusammengetragen worden. Sei es in den Kindertagesstätten, in Berufsbildungsprojekten oder im bürgerschaftlichen Engagement. Auch in Ihrem Verband gibt es viele Initiativen mit Vorbildcharakter.

Eine große Stärke der Caritas sind ihre vielfältigen Aktivitäten. Jetzt gilt es, diese Aktivitäten für benachteiligte Kinder und Jugendliche zusammenzuführen, zu vernetzen und auszubauen. Dabei denke ich auch an die Rolle unserer Dienste und Einrichtungen als Ausbildungsbetriebe und Arbeitgeber. Wie können wir mehr geringqualifizierten Jugendlichen einen Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglichen? Eine große Chance sehe ich in der Entwicklung von Praktikumsmöglichkeiten und Schnupperkursen in unseren Einrichtungen und Diensten - bis hin zu neuen Berufsbildern.

Ein besonderes Augenmerk wird auf Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund zu legen sein. Wie können wir unsere Einrichtungen, Dienste und Mitarbeitenden noch besser für dieses Feld sensibilisieren und qualifizieren? Mit dem Jahresthema 2006 „Integration beginnt im Kopf. Für ein besseres Miteinander von Deutschen und Zuwanderern“ haben wir deshalb gerade die Situation von Menschen mit Migrationshintergrund in den Mittelpunkt gestellt.

Eine entscheidende Aufgabe der Befähigungsinitiative ist es, die verschiedenen Bereiche der Caritas miteinander zu vernetzen und das bestehende Engagement zu fördern. Neue Formen des Engagements können entwickelt werden. Der Phantasie dafür sind keine Grenzen gesetzt.

Ein entscheidender Beitrag der Befähigungsinitiative wird, so hoffe ich, die Motivation unterschiedlichster Akteure für das gemeinsame Ziel sein. Ich denke dabei an Kooperationen mit Unternehmen, den Agenturen für Arbeit, den Kommunen und an die Zusammenarbeit mit anderen bürgerschaftlich engagierten Gruppen. Insbesondere ist hier die kirchliche Jugendarbeit zu nennen.

So unterschiedlich die Situation der Kinder und Jugendlichen ist, so differenziert ist die Caritasstruktur. Jeder Verband kann gezielt mit den Partnern vor Ort die Probleme angehen. Angesichts der neuen Regierung bekommt die Befähigungsinitiative als eine durchgängige Leitlinie eine ganz entscheidende Bedeutung für unsere Lobbyarbeit.

Ganz wesentlich ist aus meiner Sicht, dass aus Betroffenen bzw. deren Familien Beteiligte werden. Auch hier kann Ihr Verband durch seinen Ansatz einer Sozialarbeit auf Augenhöhe auf vielfältige Erfahrungen zurückgreifen.

Mit der Befähigungsinitiative wollen wir ein immenses gesellschaftliches Problem angehen. Dabei stellen wir nicht nur Forderungen, sondern werden selbst mit unseren Möglichkeiten aktiv und setzen konkrete Ideen um. Es wird für uns eine Selbstverpflichtung, die nicht auf Hochglanzpapier gedruckt wird. Bei der Delegiertenversammlung 2006 sollen erste konkrete Ergebnisse der Befähigungsinitiative vorgelegt werden. Das Jahresthema 2007 wird unter dem Motto „Bessere Lebenschancen für benachteiligte Kinder und Jugendliche“ stehen. Beim 1. Caritaskongress im Jahr 2007 werden wir Ergebnisse und Projekte der Öffentlichkeit vorstellen. Im Jahr 2008 ist auszuwerten, wie der Beitrag der Caritas für die Kinder und Jugendlichen ausgesehen hat. Für unseren Verband ergeben sich im Rahmen dieser Initiative ganz neue Formen der Zusammenarbeit und der Vernetzung. Möge uns der Geist Gottes dazu inspirieren.

Sie alle lade ich herzlich dazu ein, die Chancen der Befähigungsinitiative zu nutzen, um gemeinsam die Lebenschancen für benachteiligte Kinder und Jugendliche zu verbessern.

Lassen Sie mich mit einem Wort von Papst Benedikt XVI. aus seiner Enzyklika „Deus Caritas est“ schließen: „Die Kirche kann nicht und darf nicht den politischen Kampf an sich reißen, um die möglichst gerechte Gesellschaft zu verwirklichen ... Aber sie kann und darf im Ringen um Gerechtigkeit auch nicht abseits bleiben.“ (28)

In diesem Sinn wünsche ich Ihnen für Ihren Verband und Ihre Arbeit Gottes Segen und alles Gute!

Msgr. Dr. Peter Neher
Präsident des Deutschen Caritasverbandes